

Arm und Reich

Ökonomen entdecken die Verteilungsfrage neu

Lange Zeit sahen viele Wissenschaftler die Schere zwischen Arm und Reich positiv. Ungleichheit galt als Triebkraft einer florierenden Marktwirtschaft. Das ändert sich.

Von **Olaf Storbeck**

1. Februar 2011, 16:00 Uhr / Erschienen im Handelsblatt [<http://www.handelsblatt.com>] / 55 Kommentare



Die Reise dauert gerade mal 50 Minuten. So lange braucht man mit dem Auto vom piekfeinen Montgomery County im amerikanischen Bundesstaat Maryland in die südöstlichen Stadtviertel der Hauptstadt Washington. Es ist eine Reise von einer der reichsten Regionen der USA in eine der ärmsten. Und das wirkt sich nicht nur auf den Bankkonten aus: Mit jedem Kilometer sinkt die Lebenserwartung der Menschen um sieben Monate – von 81 auf 60 Jahre.

Die große Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler hat solche Unterschiede lange Zeit kalt gelassen. Einkommensungleichheit war in der modernen Volkswirtschaftslehre nur ein Nischenthema. Die meisten Ökonomen sahen in der deutlichen Kluft zwischen Arm und Reich nicht nur eine Folge von hohem Wirtschaftswachstum. Sie hielten solch ein Gefälle gar für eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Marktwirtschaft gut funktionieren kann.

Zudem waren nicht nur liberale Ökonomen überzeugt: Wenn die Reichen noch reicher werden, wird das nach und nach auch zu den unteren Einkommenschichten

durchsickern. Niemand hat diese Haltung so gut umschrieben wie der britische Labour-Politiker Peter Mandelson, der 1998 gestand: "Uns ist es egal, ob Leute stinkend reich werden – solange sie ihre Steuern bezahlen."

Inzwischen denken viele Volkswirte um. Denn es mehren sich die Belege dafür, dass krasse Gegensätze zwischen Arm und Reich nicht nur eine moralische Dimension haben, sondern handfesten ökonomischen Schaden anrichten. Einige Forscher sehen in der drastisch gestiegenen Einkommensungleichheit gar eine Ursache für die Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009.

Das neue ökonomische Bewusstsein für Verteilungsfragen hat handfeste Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik. Höhere Steuern für Reiche – liberalen Ökonomen traditionell ein Graus – erscheinen in einem neuen Licht, staatliche Transfers an ärmere Schichten ebenso.

"Große Einkommensungleichheit verursacht in reichen, hochentwickelten Volkswirtschaften zahlreiche Probleme", ist zum Beispiel Adair Turner, Chef der britischen Finanzmarktaufsicht FSA, überzeugt. Die Ignoranz für Einkommensungleichheit sei einer der entscheidenden Fehler, den das Fach in den vergangenen Jahrzehnten gemacht habe. "Ungleichheit", betont auch der Mannheimer Ökonom Hans Peter Grüner, "ist eine ganz zentrale volkswirtschaftliche Größe. Über die dürfen wir nicht einfach hinwegsehen."

Fakt ist: In den vergangenen Jahrzehnten hat vor allem in den USA die Einkommensungleichheit drastisch zugenommen. Längst ist es nicht mehr nur eine Kluft zwischen Arm und Reich, sondern eine zwischen den Super-Super-Reichen und dem großen Rest der Gesellschaft.

Die Superreichen werden reicher, Arme werden ärmer

Wenn Volkswirte über die Reichen sprechen, dann reden sie nicht über die "oberen Zehntausend", sondern über die "Top-Ein-Prozent" der Einkommensverteilung. Sie meinen damit die Gruppe von Menschen, die reicher sind als 99 Prozent aller anderen Einwohner eines Landes. In den USA gilt dies derzeit für alle, die mehr als 368.000 Dollar im Jahr verdienen.

Statistiken des Berkeley-Ökonomen Emmanuel Saez, den die "American Economic Association" 2009 mit der renommierten John Clark Bates-Medaille für Topvolkswirte unter 40 Jahren auszeichnete, zeigen: Fast nur die Superreichen, die ganz oben in der Einkommenspyramide stehen, haben in den vergangenen Jahrzehnten kräftig dazugewonnen.

Zwischen 1993 und 2008 stieg das reale Einkommen dieser Spitzenverdiener im Jahr im Schnitt um fast vier Prozent. Der große Rest Amerikas musste sich mit einem

Plus von 0,75 Prozent pro Jahr zufriedengeben. Die Menschen, die reicher sind als die restlichen 99 Prozent der Bevölkerung, streichen in den USA heute rund 20 Prozent des gesamten Einkommens ein. Bis Ende der 70er-Jahre waren es noch weniger als halb so viel.

Noch extremer ist das Bild, wenn man nur die wohlhabendsten 0,01 Prozent der Menschen betrachtet: Auf diese kleine Gruppe entfallen heute mehr als fünf Prozent des gesamten Einkommens. Vor 30 Jahren waren es nur rund ein Prozent.

Schon die Gruppe der Topverdiener, die die reichsten zwei bis fünf Prozent der Gesellschaft bildet, ist in den vergangenen Jahrzehnten mehr oder weniger auf der Stelle getreten. Menschen, die unterdurchschnittlich gut verdienen, mussten zum Teil sogar herbe Einbußen hinnehmen [<https://www.zeit.de/wirtschaft/2010-10/ungelernte-loehne>] .

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielschichtig und unter Ökonomen umstritten. Insgesamt stellen die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte die These, dass steigender Wohlstand der Reichen früher oder später auch in die unteren Gesellschaftsschichten durchsickert, nachhaltig infrage.

Auch empirische Studien melden erhebliche Zweifel an. So untersuchte ein Forscherteam um Dan Andrews von der Harvard University den Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum am Beispiel von zwölf Industriestaaten und für die Jahre von 1905 bis 2000. [http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1077730] "Wir finden keine systematische Beziehung zwischen dem Einkommensanteil der Topverdiener und dem Wirtschaftswachstum", lautet das Fazit.

Ungleichheit kann eine Volkswirtschaft in eine schwere Krise führen

Gleichzeitig mehren sich Indizien, dass eine zu große Einkommensungleichheit in einer Gesellschaft mit erheblichen sozialen und ökonomischen Nachteilen verbunden ist. "Wenn sich die Einkommensverteilung zu stark auseinander entwickelt, dann ist der soziale Zusammenhalt gefährdet", betont der Mannheimer Ökonom Grüner.

Die britischen Epidemiologen Richard Wilkinson und Kate Pickett argumentieren in ihrem 2009 erschienenen Buch *The Spirit Level* [<https://www.zeit.de/2010/13/Wohlstand-Interview-Richard-Wilkinson>] , dass quasi alle sozialen und gesellschaftlichen Übel in einem engen Zusammenhang mit der Einkommensverteilung in einem Land stünden. So seien Kriminalität und Drogenkonsum in einem Land umso höher, je größer die Kluft zwischen Arm und Reich sei.

Möglicherweise war die enorme Einkommensungleichheit in den USA auch ein Grund für die Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre [http://www.foreignpolicy.com/articles/2010/11/29/the_fp_top_100_global_thinkers?page=0,25] . Diese These vertritt Raghuram Rajan [<http://blogs.chicagobooth.edu/faultlines>] , ehemaliger Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds (IWF) und heute Ökonomieprofessor in Chicago. "Es gab einem enormen politischen Druck, etwas dagegen zu tun", argumentiert Rajan. Die traditionellen Instrumente der Wirtschaftspolitik – höhere Steuern für Gutverdiener und direkte Transfers an die ärmeren Schichten – seien jedoch seit den 80er-Jahren unpopulär geworden. Daher habe die US-Wirtschaftspolitik gezielt versucht, das Problem mit billigem Geld und einfach verfügbaren Krediten zu lösen. "Das hat lange scheinbar wunderbar funktioniert", so Rajan. "Die Leute konnten sich mit geliehenem Geld Häuser kaufen, die im Wert stiegen und als Sicherheit für neue Kredite dienten – dieses Geld konnten sie dann in den Konsum stecken." Das Problem der wachsenden Ungleichheit sei so lange zugedeckt worden.

Die IWF-Volkswirte Michael Kumhof und Romain Rancière haben diese Argumentation mit einem theoretischen Modell untermauert. Darin zeigen sie: Steigende Einkommensungleichheit kann dazu führen, dass ärmere Schichten versuchen, ihren Lebensstandard immer stärker über Kredite aufrechterhalten zu wollen – und dass sie sich zumindest eine Zeit lang immer leichter Geld leihen können.

Auf Dauer mache dies das Finanzsystem instabil und anfälliger für Krisen. Mehr traditionelle Sozialpolitik könne das Problem lösen, schreiben die IWF-Ökonomen ([hier zum Download ihrer Studie klicken](#)) [<http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2010/wp10268.pdf>] . Wenn der Staat Einkommen umverteile, könne er die Wirtschaft damit womöglich stabiler machen.

([Erschienen im Handelsblatt](#)) [<http://www.handelsblatt.com>]